

Dringliches Postulat Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Daniel Egloff, PdA/Mess Barry, parteilos): Die Stadt Bern soll eine Zufluchtsstadt werden und sich dem europäischen Netzwerk anschliessen

Seit zwei Jahren dominiert die Migrationsthematik die Wahrnehmung vieler Menschen. Europa ist mit der grössten Fluchtbewegung seit dem zweiten Weltkrieg konfrontiert. Dabei stellt sich klar heraus, dass der Konkurrenzkampf zwischen den Ländern nun ihre dunkelste Seite zeigt und somit die Länder Europas keine solidarische Lösung finden. Im Gegenteil: Immer mehr Mittel werden eingesetzt um zu verhindern, dass Flüchtende überhaupt bis nach Europa bzw. ins Land kommen, oder um die Menschen wieder zurück in ein Nachbarland zu schaffen. Tausende von Menschen sterben auf dem Weg nach Europa. Auch die Schweiz hat in den letzten Jahren ihren Umgang mit Geflüchteten immer mehr verhärtert und in den letzten Monaten die Grenzkontrollen verschärft, so dass immer mehr Menschen ohne Asylverfahren über die nächste Grenze ausgeschafft werden. Auch ist die Schweiz das Land, welches am meisten Menschen nach Italien zurückschafft, obwohl bekannt ist, dass Italien mit der aktuellen Situation überfordert ist und dort viele Geflüchtete nicht angemessen versorgt werden und z.T. auf der Strasse leben.

Weil auf nationalstaatlicher Ebene keine Lösungen gefunden werden konnte bzw. die Staaten wie oben beschrieben mit Repression statt mit Menschlichkeit auf die Situation reagieren, haben sich einige Städte vor allem in Spanien (Barcelona, Madrid, Coruña etc.), aber auch anderswo (Paris, Lesbos, Lampedusa) zusammengetan, um solidarisch nach Lösungen zu suchen und eine sichere Zuflucht zu bieten. In der Schweiz hat zuletzt Lausanne beschlossen, diesem Netzwerk¹ beizutreten.

Auch in Bern hat das Thema die Menschen nicht unberührt gelassen. So engagieren sich hier viele Menschen in solidarischen Gruppen, um die Geflüchteten auf ihrem Weg zu unterstützen mit der Forderung nach sicherer Zuflucht. Und das Engagement der Bevölkerung zur Unterstützung von Geflüchteten z.B. bei der Asylunterkunft Zieglerspital ist riesig, und häufig hat es mehr Freiwillige, als es Arbeit hat, so dass lange Wartelisten geführt werden.

Im Stadtrat wurden in der letzten Zeit schon einige Vorstösse zum Thema Geflüchtete eingereicht und alle, die behandelt wurden, wurden auch angenommen. Z.B. hat die Stadt Bern sich entschieden, 350 Geflüchtete direkt aufzunehmen. Der vorliegende Vorstoss soll auch die Möglichkeit bieten, die bisherigen Vorstösse in einen konzeptuellen Rahmen zu giessen, wie dies z.B. Barcelona getan hat.²

Bern als offene, tolerante und solidarische Stadt sollte Mut zeigen und sich gegen die nationalistische Tendenz in Europa stellen und den andern fortschrittlichen Städten folgen und folgende Massnahmen ergreifen, wie es die Stadt Lausanne schon anfangs dieses Jahres entschieden hat:

1. Die Stadt Bern erklärt sich zur „Zufluchtsstadt“ und schliesst sich dem Netzwerk in Europa an, welches durch die Städte Madrid und Barcelona gegründet wurde;
2. Sie nimmt direkt mit dem Staatssekretariat für Migration Kontakt auf, um zu erklären, dass die Stadt Bern bereit ist, mindestens 1500 Geflüchtete zusätzlich aufzunehmen, Geflüchtete, welche an der Tür zu Europa auf Zuflucht warten. Dafür eröffnet die Stadt Bern weitere Unterkünfte unter ihrer Aufsicht bzw. organisiert die Unterbringung von Geflüchteten bei Privatpersonen, welche sich dazu bereit erklären;
3. Sie trifft alle erforderlichen Massnahmen für eine angemessene Unterstützung für die Geflüchteten (Versorgung und Unterbringung, Sprachkurse etc.) und dies mit der aktiven Unterstützung der Stadtberner Bevölkerung;

¹ <http://ajuntament.barcelona.cat/alcaldesa/en/blog/we-cities-europe>

² <http://ciutatrefugi.barcelona/en/>

4. Sie erklärt, dass angesichts der aktuellen Migrationskrise und der sich daraus ergebenden humanitären Notsituationen, die lokalen Behörden ihre Unterstützung bei der Durchführung von Ausschaffungsverfahren von MigrantInnen und auch sonstigen Zwangsmassnahmen gegen MigrantInnen im Gebiet der Stadt verweigern.

Begründung der Dringlichkeit

Jeder Tag, der verstreicht, ohne dass reagiert wird, kostet Menschenleben. Dieser Vorstoss kann nicht ein bis zwei Jahre warten, bis er behandelt wird.

Bern, 17. November 2016

Erstunterzeichnende: Daniel Egloff, Mess Barry

Mitunterzeichnende: Luzius Theiler, Christa Ammann, Michael Burkard, Matthias Stürmer, Danielle Cesarov-Zaugg, Claude Grosjean, Sandra Ryser, Halua Pinto de Magalhães, Rithy Chheng, Fuat Köçer, Johannes Wartenweiler, Nora Krummen, Lukas Meier, Katharina Altas

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt grundsätzlich die Haltung der Postulantinnen und Postulanten. Er setzt seit Jahren eine offene und tolerante Flüchtlingspolitik um und bietet Hand bei der Lösungsfindung, sowohl betreffend die Unterbringung als auch bezüglich der Integration.

Zu Punkt 4:

Den städtischen Vollzugsbehörden steht es nicht zu, sich einer Umsetzung des übergeordneten Bundesrechts zu widersetzen. Dies würde den Grundsätzen eines Rechtsstaats widersprechen. Die für den Vollzug zuständige Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) trägt bereits heute dem Einzelfall und der gegebenen Situation Rechnung und nimmt die rechtlichen Handlungsspielräume zu Gunsten der betroffenen Menschen wahr. Aus diesen Gründen beantragt der Gemeinderat Punkt 4 des Postulats abzulehnen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1 bis 3 des Dringlichen Postulats erheblich zu erklären und Punkt 4 abzulehnen.

Bern, 25. Januar 2017

Der Gemeinderat